

Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Donnerstag, 9. August 2018 · Nr. 182 · 239. Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 4.70 · €4.70



CHRISTOPH RUCKSTUHL / NZZ

Frauen veredeln den Grappa

Ein Fusel, hergestellt aus gemischten Pressrückständen der Weinproduktion, war der Grappa seit alters. Dann kam Giannola Nonino und experimentierte gut zehn Jahre lang, bevor sie 1973 den ersten sortenreinen Grappa aus Picolit-Trauben herausbrachte – und geschickt vermarktete. Die Leidenschaft und das Know-how hat sie an ihre drei Töchter weitergegeben.

International, Seite 7

Tesla-Chef stösst mit wolkigen Plänen für Buyout auf Skepsis

Aktie hat noch grossen Abstand zu den von Elon Musk geäusserten Preisvorstellungen

STEFAN PARAVICINI, NEW YORK

Die bisher unbestimmten Pläne des US-Elektroautobauers Tesla für das grösste Buyout eines börsennotierten Unternehmens haben bei vielen Investoren und Marktbeobachtern Skepsis ausgelöst. Am Mittwoch notierte die Aktie über weite Strecken gut 2 Prozent im Minus und lag bei rund 370 Dollar – etwa ein Zehntel unter den 420 Dollar, die Firmengründer Elon Musk am Dienstag aus heiterem Himmel als Preis im Rahmen eines möglichen Abgangs von der Börse in den Raum gestellt hatte. Auf diesem Niveau läge der Unternehmenswert inklusive langfristiger Schulden bei mehr als 80 Milliarden Dollar. Für ein Buyout müssten Investoren bis zu 70 Milliarden Dollar auffahren, selbst wenn Musk in einem Deal an seiner Beteiligung von rund 20 Prozent festhalten wollte.

Als bisher grösstes Buyout gilt die Übernahme des Energiekonzerns TXU, der 2007 für rund 45 Milliarden Dollar von der Börse genommen wurde. Der Computerhersteller Dell, für den Firmengründer Michael Dell zusammen mit Silver Lake vor drei Jahren 25 Milliarden Dollar zusammenbrachte, plant derzeit die Rückkehr auf das Parkett.

In Konkurrenz zu GM

Der Automobilhersteller General Motors, der wie Tesla im Wettbewerb um die Mobilität der Zukunft auf autonomes Fahren setzt, denkt laut US-Medienberichten über einen Börsengang der

Tochter GM Cruise LLC nach, in der diese Aktivitäten gebündelt sind. Erst vor wenigen Wochen ist der japanische Mobilfunkkonzern Softbank mit seinem Vision Fund bei der GM-Tochter eingestiegen. Zu den Investoren des Vision Fund gehört auch der saudiarabische Staatsfonds PIF. Das Investmentvehikel des Erdölstaats, das Softbank mehr als 40 Milliarden Dollar für den Vision Fund zugesagt hat, soll laut der «Financial Times» in den vergangenen Wochen eine Beteiligung von knapp 5 Prozent an Tesla aufgebaut haben.

Das Dilemma

Genialität: Wie verrückt dürfen Unternehmer sein? Seite 23

Kommentar: Der Tesla-Gründer spielt mit seiner Glaubwürdigkeit. Seite 11

Kurz nachdem die «Times» über den Einstieg des saudischen Königshauses berichtet hatte, meldete sich Elon Musk über Twitter zu Wort: «Denke darüber nach, Tesla für 420 Dollar von der Börse zu nehmen. Finanzierung gesichert.» Der Tweet des Tesla-Gründers versetzte die Börse in Aufruhr und schob die Aktie nach einer Unterbrechung des Handels um gut 10 Prozent nach vorne. «Was meint Musk mit «Finanzierung gesichert»?», fragte wenig später Toni Sacconaghi, ein Analyst von Bernstein, und brachte damit die Ratlosigkeit der meisten Marktbeobachter auf den Punkt.

Tesla blieb auch am Mittwoch Details zu den Plänen schuldig. Der Board teilte nur mit, dass Musk die Diskussion über ein Going-private bereits in der vergangenen Woche gestartet habe. Das widerlegte zumindest jene Kommentatoren, die Musk zutrauten, die Pläne für ein Mega-Buyout spontan gefasst und in die Welt posaunt zu haben. Die Aussagen des Board deuten allerdings auch darauf hin, dass die Pläne noch nicht weit gediehen sind. Man werde «angemessene nächste Schritte einleiten, um dies zu bewerten», hiess es in der Mitteilung, die nur von einem Teil des Board unterzeichnet ist. Neben Elon Musk fehlen auch die Unterschriften seines Bruders Kimbal sowie von Steve Jurvetson, einem der ersten Investoren von Tesla.

Keine Grossbank involviert

Ein Leveraged Buyout des hochverschuldeten Unternehmens, das in drei der fünf vergangenen Quartale jeweils Mittelabflüsse in der Höhe von 1 Milliarde Dollar verzeichnete, halten Experten für unwahrscheinlich. Aus Bankerkreisen verlautet, dass Tesla mit keiner der grossen Wall-Street-Adressen über die Finanzierung eines Buyouts gesprochen habe. Auch Dwight Scott von Blackstone sieht für eine Finanzierung mit Fremdkapital wenig Spielraum. Die Finanzierung eines Buyouts von Tesla müsste seines Erachtens in Form von Eigenkapital gestellt werden, womit strategische Investoren wie Softbank oder Staatsfonds wie PIF in den Fokus rücken.

Eklat rund um Rahmenabkommen

Gewerkschaften boykottieren Sondierungsgespräche

Vorwürfe an Johann Schneider-Ammann: Die Gewerkschaften beschuldigen den Bundesrat, in den Verhandlungen mit der EU den Lohnschutz opfern zu wollen. Der Wirtschaftsminister spricht von «Vertrauensbruch».

CHRISTOF FORSTER, BERN

Die politische Sommerpause endet mit einem Paukenschlag. Der Gewerkschaftsbund hat die Medien am Mittwoch kurzfristig zu einer Orientierung eingeladen. Es fallen harte Worte. Die Rede ist von «Verrat an den Arbeitnehmern» und «Sprengstoff für das Verhältnis Schweiz-EU». Der kritisierte Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann lässt zwei Stunden später vor den Medien seinem Ärger freien Lauf.

Was ist passiert? Anfang Juli hat der Gesamtbundesrat Schneider-Ammann den Auftrag erteilt, mit Sozialpartnern und Kantonen den Spielraum bei den flankierenden Massnahmen zum Schweizer Lohnschutz auszuloten. Es soll eruiert werden, ob der heutige Arbeitnehmerschutz allenfalls auch mit anderen Instrumenten sichergestellt werden kann. Der Bundesrat wollte damit die Diskussionen über die flankierenden Massnahmen wieder in geordnete Bahnen lenken.

Zuvor hatte Aussenminister Ignazio Cassis die heutige Ausgestaltung dieser Massnahmen öffentlich zur Diskussion gestellt und damit harsche Kritik geerntet. In den Verhandlungen mit der EU über ein Rahmenabkommen sind die Flankierenden möglicherweise ein entscheidender Punkt. Die EU drängt hier auf Konzessionen der Schweiz. Denn der eigenständige Arbeitnehmerschutz der Schweiz, insbesondere die achtstägige Voranmeldefrist für Firmen aus der EU und die Kautionspflicht, ist Brüssel seit Jahren ein Dorn im Auge.

«Nie da gewesener Angriff»

Nachdem Schneider-Ammann mit den Vertretern von Gewerkschaften, Arbeitnehmern und Kantonen Einzelgespräche geführt hat, beginnen am Donnerstag die konkreten Arbeiten an den technischen Fragen. Gewerkschaftsbund und Travailssuisse boykottieren nun aber diese Gespräche, die damit zur Farce werden. Die Gewerkschaften äusserten bereits Mitte Juli gegenüber dem Wirtschaftsminister Kritik an der Übungsanlage. Es gebe keinen Grund für Konzessionen gegenüber der EU bei den Flankierenden. Diese seien Teil der roten Linien, die der Bundesrat mehrmals bekräftigt habe. Das Fass zum Überlaufen brachte aus Sicht der Gewerkschaften die Einladung des Wirtschaftsdepartements zu den technischen Gesprächen. Gewerkschaftsbund-Präsident Paul Rechsteiner leitete aus dem Schreiben einen «nie da gewesenen Angriff auf die Schweizer Arbeitnehmenden» ab. Die Arbeitsgruppe solle laut dem Auftrag des Wirtschaftsdepartements Vorschläge machen, wie die Flankierenden in einer für die EU akzep-

tablen Form ausgestaltet werden könnten, die zudem vor einer allfälligen Einschätzung des Europäischen Gerichtshofs Bestand haben müsse, sagte Rechsteiner und zitierte dabei aus dem Papier.

Auf dem Spiel stehe nicht nur die Achttageregulierung, sondern auch die Kautionspflicht, das Schweizer Sanktionssystem, die Zahl der Lohnkontrollen und das System der allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsverträge. Die Absichten des Departements laufen laut Rechsteiner auf eine «Demontage der erfolgreichen Schutzmassnahmen» bei Entsendungen hinaus. Zudem wäre damit jede künftige Anpassung des Schweizer Lohnschutzes von der Zustimmung der EU abhängig. Entsprechende Gesetzesänderungen will der Gewerkschaftsbund mit dem Referendum bekämpfen.

Gesprächsabbruch

Arbeitgeber: Der Lohnschutz steht nicht zur Disposition. Seite 13

SP: Auch die Genossen torpedieren das Rahmenabkommen. Seite 13

Kommentar: Eine unheilige Allianz der Abschotter. Seite 11

Travailsuisse, die zweite Dachorganisation von Arbeitnehmern, schliesst sich dem Boykott an. Die im Schreiben erwähnten Lösungsansätze hätten alle einen Abbau bei den Flankierenden vorgesehen, sagt Travailsuisse-Präsident Adrian Wüthrich. Aufgrund dieser Prämisse sei er nicht bereit zu Gesprächen. Er warnte, dass nur schon der Anschein von Konzessionen beim Lohnschutz auf Druck der EU tödlich für das Rahmenabkommen sei.

Enttäuscht von Rechsteiner

Dass die Gewerkschaften in ihren Schilderungen nur diejenigen Passagen aus dem vertraulichen Papier zitiert hatten, die ihnen in die Hände spielten, wurde spätestens nach den Ausführungen von Schneider-Ammann deutlich. Es sei ausdrücklich festgehalten, dass das derzeitige Schutzniveau der Flankierenden beizubehalten sei, sagte der Wirtschaftsminister. Ihre künftige Ausgestaltung solle nicht nur in einer von der EU, wie von den Gewerkschaften behauptet, sondern auch in einer im Inland akzeptierten Form geschehen. Schneider-Ammann zeigte sich verärgert und persönlich enttäuscht von Rechsteiner. Er sprach von einem «Vertrauensbruch», nachdem man fast 40 Jahre gekämpft, aber sich immer auch wieder gefunden habe.

Ob mit dem Eklat das Scheitern der Verhandlungen mit der Europäischen Union eingeleitet ist, bleibt vorderhand offen. Schneider-Ammann zeigt sich offen für ein klärendes Gespräch mit Rechsteiner. Ob dies in der Sache etwas ändern würde, ist indes fraglich. Denn der Gewerkschaftsbund hat bereits früh signalisiert, dass er bei den Flankierenden keinen Spielraum für Anpassungen im Sinne der EU sieht.

Einsatzprogramme für Flüchtlinge auf Bauernhöfen
haben sich zum grossen Teil bewährt **SEITE 14**

Der Absturz der Ju-52 bei Flims schreckt
die Fans von Nostalgieflügen nicht ab **SEITE 15**

Bedauern über Dialog ohne Gewerkschaften

Arbeitgeber und Gewerbeverband betonen, dass auch sie den Lohnschutz nicht abbauen wollen

Die Gewerkschaften lassen die Gespräche über die flankierenden Massnahmen mit dem Bund und den Arbeitgebern platzen. Erfreut ist darüber niemand, denn damit ist das Rahmenabkommen mit der EU in Gefahr.

LUKAS MÄDER, BERN

Als Dialog zwischen den Sozialpartnern war das Gespräch geplant, das das Departement von Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann auf Donnerstag angesetzt hatte. Doch mit der Absage der Gewerkschaften fehlt den Arbeitnehmern das Gegenüber. Eine echte Diskussion über den Vollzug der flankierenden Massnahmen wird nicht stattfinden können. Das bedauern sowohl der Arbeitgeberverband als auch der Gewerbeverband.

Jean-François Rime, Präsident des Gewerbeverbands, spricht deshalb von einer schwierigen Situation. Eigentlich sei es eine Tradition in der Schweiz, dass die Sozialpartner miteinander diskutierten, sagt er. «Dass es rote Linien gibt bei den flankierenden Massnahmen, ist klar, auch für uns.» Wie die Gewerkschaften stehe der Gewerbeverband zum Schutz vor Lohndumping, so Rime. «Dieser Schutz ist auch für unsere KMU ein Vorteil.»

«Relativ offen formuliert»

Ebenfalls auf einer Linie mit dem Gewerbeverband zeigt sich in diesem Punkt auch der Arbeitgeberverband. «Wir sind der Meinung, dass das Niveau des Lohnschutzes erhalten bleiben muss», sagt der Direktor Roland Müller. Deshalb bedauert auch er das Fernbleiben der Gewerkschaften. Müller glaubt, dass es bei den Gewerkschaften zu Missverständnissen oder Irritationen gekommen sei über das Gesprächspapier des Wirtschaftsdepartements. Dieses sei zwar relativ offen formuliert. «Aber es gab immer die Vorgabe, dass der Lohnschutz weder ausgebaut werde.»

Dass bei der Gesprächsrunde der Sozialpartner nun die eine Seite fehle,



Gewerkschaftspräsident Paul Rechsteiner will nicht über den bestehenden Lohnschutz verhandeln.

THOMAS HOEDEL / KEYSTONE

mache die Suche nach mehrheitsfähigen Lösungen schwierig, so Müller. Die möglichen Bedenken der Gewerkschaften müssten nun mitgedacht werden. Die Teilnahme des Arbeitgeberverbands steht dennoch nicht zur Diskussion, wie

Unheilige Allianz der Abschotter

Kommentar auf Seite 11

Müller sagt: «Wir sind weiterhin interessiert an den Informationen darüber, welche Punkte die EU genau stören.»

Ebenfalls weiterhin an den technischen Gesprächen nehmen die Kantone teil. «Wir sind vor allem auf der Vollzugs-

ebene betroffen», sagt der Basler Regierungsrat Christoph Brutschin, Präsident der Konferenz der Volkswirtschaftsdirektoren. Für die konkreten Gespräche gebe es keine politisch konsolidierte Meinung, sagt er. «Doch wir stehen grundsätzlich hinter den flankierenden Massnahmen und vertreten den Grundsatz, dass es für gleiche Arbeit am gleichen Ort den gleichen Lohn geben muss.» Im Sinne eines sozialpartnerschaftlichen Dialogs würde es auch Brutschin begrüssen, wenn die Gewerkschaften doch noch an den Gesprächen teilnehmen würden.

Anzeichen für eine rasche Aussöhnung gibt es jedoch keine, haben doch die Gewerkschaften den FDP-Bundesrat Schneider-Ammann heftig angegriffen. Entsprechend deutlich sind auch die

Worte von FDP-Ständerat Damian Müller (Luzern): «Die Gewerkschaften betreiben mit ihrer sturen Gesprächsverweigerung reinen Populismus.» Für Müller hätten zuerst Verhandlungen stattfinden sollen, zu deren Ergebnis die Beteiligten dann immer noch Ja oder Nein sagen könnten. Sowie es sei es nur um eine Diskussion um den Vollzug der flankierenden Massnahmen gegangen, sagt er. «Auch für die FDP ist klar, dass am Niveau des Lohnschutzes nicht gerüttelt werden darf.»

Doch bei den bürgerlichen Politikern gibt es auch Kritik an den beiden Bundesräten der FDP, Schneider-Ammann und Aussenminister Ignazio Cassis. Letzterer hatte im Juni mit seinen Bemerkungen zur sogenannten Acht-Tage-Regelung bei Entsendungen die Diskus-

sion überhaupt erst richtig losgetreten. Dass Cassis dabei die Sozialpartner nicht früher mit einbezogen habe, sei ein grundsätzlicher Fehler gewesen, sagt CVP-Präsident Gerhard Pfister. Er mag deshalb nicht von einer Gesprächsverweigerung der Gewerkschaften sprechen. «Vielmehr gibt es eine Gesprächsunfähigkeit der FDP-Bundesräte.»

Für Pfister ist klar, dass mit dem gescheiterten Dialog der Sozialpartner auch ein Abschluss des Rahmenabkommens in die Ferne rücken dürfte – ausser der EU liegt so viel an einem Abkommen, dass sie auch die heutige Acht-Tage-Regelung akzeptiert. Doch so richtig traurig über die drohende Verzögerung ist Pfister nicht: «Wir haben kein Interesse an einem raschen Abkommen, das innenpolitisch völlig chancenlos ist und dann an der Urne durchfällt.»

Dass sich die EU bei den Verhandlungen mit der Schweiz nachgiebig zeigt, hält SGV-Präsident und SVP-Nationalrat Rime für unwahrscheinlich. «Da die EU im Innern derzeit schwach ist, kann sie keine Kompromisse gegen aussen eingehen.» Doch ihn störe das wenig, sagt Rime. Denn er glaube nicht, dass die Schweiz unter Zeitdruck stehe.

Retorsionsmassnahmen drohen

Die grosse Frage ist jedoch, ob die EU weitere Verzögerungen hinnehmen wird – oder ob sie Massnahmen gegen die Schweiz ergreift. Mögliche Druckmittel sind die Börsen-Äquivalenz, die die EU im letzten Dezember nur befristet gewährt hatte, oder das Forschungsabkommen «Horizon», das 2020 ausläuft. «Wie die EU reagiert, hängt von ihren innenpolitischen Problemen ab», sagt Roland Müller vom Arbeitgeberverband. Vor dem Ja der Briten zum Brexit sei die Situation sicher einfacher gewesen, wollte doch vor allem die EU ein Rahmenabkommen.

FDP-Ständerat Damian Müller möchte nicht spekulieren, wie die EU reagieren könnte. Das werde sich in den nächsten Wochen zeigen, sagt er. Doch derzeit ist das Rahmenabkommen in Gefahr, und wir müssen uns der möglichen Konsequenzen bewusst sein.

Genossen, wie habt ihr's mit Europa?

2010 forderte die SP den EU-Beitritt der Schweiz – nun torpediert sie gemeinsam mit den Gewerkschaften das Rahmenabkommen

CHRISTINA NEUHAUS

Im Grundsatz sei die Schweiz dazu berufen, Teil des europäischen Projekts zu sein, schrieb SP-Bundeshaus-Fraktionschef Roger Nordmann kürzlich in einer Analyse über die derzeitige Situation der EU. Die Werte Europas seien auch die der Schweiz. Für diese sei die permanente Konfrontation mit den Nachbarn und Partnern eine selbstmörderische Strategie, schreibt Nordmann. Man müsse die Beziehungen zur Europäischen Union endlich konsolidieren. Der Text trägt den Titel «Die Schweiz muss sich zwischen Brandstiftern und Brückenbauern entscheiden.»

«Keinen Millimeter»

Vor dem Hintergrund der jüngsten Eskalation liesse sich Nordmanns Text auch als Appell an die Gewerkschaften lesen. Nachdem Bundesrat Ignazio Cassis laut über Anpassungen bei den flankierenden Massnahmen nachgedacht hatte, versteifte sich der Gewerkschaftsbund (SGB) und erklärte die Acht-Tage-Regel zur Umsetzung der Lohnschutzmass-

nahmen zum Tabu. Plötzlich schienen sich Gewerkschafter gegenseitig mit abschätzigen Bemerkungen über die EU-Kommission übertreffen zu wollen. Dies hielt SP-Präsident Christian Levrat allerdings nicht davon ab, SGB-Boss Paul Rechsteiner öffentlich der Solidarität der Sozialdemokraten zu versichern. Seine Haltung weiche «keinen Millimeter» von der Position der Gewerkschaften ab, sagte er in einem Interview mit dem «Blick». Im selben Gespräch sagte er allerdings auch: «Wenn sich unsere Sozialpartner auf ein anderes Modell zum Schutz der Löhne einigen, ist mir das recht.»

Am Mittwoch hat der Gewerkschaftsbund die Gespräche mit Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann nun endgültig platzen lassen. Die Gewerkschafter hatten es versäumt, rechtzeitig Verhandlungsspielraum zu signalisieren, und stilisierten die Acht-Tage-Regel nun zum heiligen Gral empor. Die SP, die ihre EU-Position mit der des Gewerkschaftsbundes verknüpft hat, kommt damit in eine unangenehme Situation. In ihren europapolitischen Papieren findet man nur die Forderung nach Lohnschutz. Den Zusatz, dass ein solcher nur durch sklavi-

sche Umsetzung der Acht-Tage-Regel gewährleistet sei, sucht man vergebens. Die SP hätte also auch versuchen können, akzeptable Lohnschutzmassnahmen in einem Rahmenabkommen zu verankern. Denn auch in der SP fragen sich nicht wenige, ob sich wirksame Kontrollen nicht auch in vier oder sechs Tagen bewerkstelligen liessen.

Im Wissen um die europapolitischen Bruchstellen innerhalb der Partei hat die SP eine klare Stellungnahme lange vermieden. Dass sie sich am Mittwoch in einer Medienmitteilung zu einem europapolitischen Bekenntnis genötigt sah, deutet auf internen Rechtfertigungsdruck hin. Bis zum Krach über die Acht-Tage-Regel hatten sich die Sozialdemokraten mit grosser Selbstverständlichkeit im Kreis der überparteilichen Allianz verortet, die gegen die Anti-EU-Politik der SVP kämpft. Nun muss sie sich plötzlich vorhalten lassen, gemeinsam mit der SVP das Rahmenabkommen zu Graben zu tragen. Ausgerechnet die Europapartei SP, die 2010 den Beitritt zur EU im Parteiprogramm verankert und 2016 eine Annäherung an die EU proklamiert hatte, steht nun in der Ecke der «Abschotter».

Am Mittwoch beilegte sich die Partei deshalb zu beteuern, dass sich ihre Position seit 2016 nicht verändert habe. Man begrüsse ein Rahmenabkommen nach wie vor als wichtige Etappe, «um unsere Beziehungen zu Europa zu stabilisieren und weiterzuentwickeln». Die SP habe aber auch von Anfang an klargemacht, dass ein Rahmenabkommen ohne Lohnschutz nicht infrage komme.

Indem sie ein Rahmenabkommen nicht grundsätzlich infrage stellt, hat es die SP immerhin geschafft, die Europhilen in der Partei – zu denen neben Nordmann etwa Nationalrat Eric Nussbaumer gehört – nicht zu desavouieren. Der SP-Spitze muss jedoch klar sein, dass sie nicht einfach zur Tagesordnung zurückkehren und so tun kann, als sei nichts gewesen. Früher oder später müssen sich die Schweizer Sozialdemokraten die Gretchenfrage stellen lassen: Genossen, wie habt ihr's mit Europa? Als Didier Burkhalter das Aussendepartement führte, konnte sich die SP bequem hinter ihm verstecken. Unter Cassis geht das nicht mehr. Dieser hat sie gezwungen, europapolitisch Farbe zu bekennen. In der SP gehören Flügelkämpfe zum Selbstverständ-

nis. Die Frage, wie eng Gewerkschaften und Partei verbandelt sein sollen, war schon oft Gegenstand solcher Auseinandersetzungen. Nachdem sich die SP ein paar Jahre lang von den Arbeitnehmerverbänden entfremdet hatte, ist der Gewerkschaftsflügel nun wieder erstarkt.

«Wie ein Klotz am Bein»

Mit Blick auf das Schicksal europäischer Schwesterparteien, denen die Stammwähler in Scharen abhandenkamen und den Rechtspopulisten zuliefen, hatte sich die SP zu einer Kurskorrektur entschieden. Diese geht allerdings auf Kosten der alten Liebe zu Europa.

In einem Gespräch mit «Watson» sagte der Aargauer Nationalrat Cédric Wermuth kürzlich: «Ende der neunziger Jahre waren die Sozialdemokraten in den 15 EU-Staaten in einer Mehrheit in der Regierung. Das wäre der historische Moment gewesen, aus dem europäischen Projekt ein solidarisches Projekt mit einer Wirtschaft für alle zu machen. Daran ist man kläglich gescheitert. Und das hängt uns auch als SP Schweiz wie ein Klotz am Bein.»